

Neueste Nachrichten

Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Neueste Nachrichten“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1,60 Reichsmark, durch Post 2,10 Reichsmark u. 40 Pfennige Postgebühr. Es gibt ein Postamt-Nummern-Verzeichnis. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zellen berechnet; die Zeile 0,25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Zu den Befriedigungen des deutschen Luftfahrzeugbaus nimmt die Volkshauskonferenz in einer jeden eingegangenen Note Stellung. Einige geringfügige technische Veränderungen werden genehmigt, denen jedoch neue weitgehende organisatorische Bindungen gegenüberstehen. Die Reichsregierung wird sich in den nächsten Tagen eingehend mit dieser Frage befassen.

Der Reichsrat stimmte am Sonnabend dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer der dritten Steuererbnisverordnung bis zum 15. Juli zu und erteilte die Genehmigung von 1.500.000 Mark für Zwecke der studentischen Wirtschaftspolitik.

Anlässlich der Eröffnungsfest der Kunstausstellung der Stadt Mainz sprach u. a. Reichsanwalt Dr. Luthner über die Mainlinie, die nicht eine Trennungslinie, sondern eine Verbindungslinie zwischen Nord und Süd und Ost und West sein müsse. Dr. Luthner schloß mit einem energischen Treuebekenntnis zum deutschen Rhein, das sicherlich nicht ohne Wirkung auf Frankreich bleiben wird.

Auf einem Begrüßungsabend des zweiten Schleswig-Holsteinischen Unterstützungstages in Altona erklärte Reichsminister des Innern Schiele als Vertreter der Reichsregierung, daß das Reich die von der Rieker Hochschule geleistete Arbeit zur Lösung der Grenzprobleme berücksichtigen Fragen außerordentlich anerkenne. Der Reichsminister gab bekannt, daß eine einmalige außerordentliche Zuzahlung von 20.000 Mark zur Förderung dieser Arbeiten aus Reichsmitteln bewilligt sei.

Der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete und jetzige Hospitant der västlichen Arbeitsgemeinschaft, Dr. Best, hatte am Sonnabend im Aufwertungsaußschuß gegen vier deutschnationale Abgeordnete den Vorwurf erhoben, daß sie an niedriger Aufwertung persönlich interessiert seien. Die genaue Angaben der Angegriffenen ergaben jedoch das genaue Gegenteil, während Dr. Best zugeben mußte, daß er an hoher Aufwertung persönlich erheblich interessiert sei. Wie verlautet, wird die Angelegenheit ein gerichtliches Nachspiel haben.

Der Sonnabend hat neue Massenbindungen in deutschen Bergbau gebracht. Abgesehen von den bereits bekannten Bergbauern radikalen Partei angehörenden jungen Burden aus einem total locken, überfallen und derartig mißhandelt, daß er tot am Platze blieb. Einer der Täter wurde bereits festgenommen.

In Moskau wurde in der Nacht zum Sonntag der Nationalsozialist und ehemalige Gendarm Mann von drei der kommunistischen radikalen Partei angehörenden jungen Burden aus einem total locken, überfallen und derartig mißhandelt, daß er tot am Platze blieb. Einer der Täter wurde bereits festgenommen.

Die Moskauer Brauda schreibt, über das Schicksal der unter schwerer Anklage vor dem Moskauer Gericht stehenden drei Deutschen brachte keine Sorge in Deutschland zu herrschen. Wenn Deutschland den vom Leipziger Gericht geurteilten Kommunisten die Freiheit wiederbiete, würde Russland auch gegenüber drei deutschen Studenten im Falle ihrer Verurteilung gleichermäÙig verfahren. — Das wurde der Verdacht bestätigt, daß die Moskauer Verhaftung im wesentlichen zu dem Zweck erfolgte, Geiseln zum Austausch der Jüdischeute in die Hand zu bekommen.

Wie aus Ramur gemeldet wird, hat das dortige Kriegsgericht den deutschen Major von Arnim in contumaciam zum Tode verurteilt.

Nachdem die französische Kammer die Finanzreformvorlage Caillaux mit 313 gegen 24 Stimmen und der Senat mit 273 gegen 111 Stimmen angenommen hat, kann das Rakennet Painlevé als vorläufig gesichert gelten. Es hat dies der zukunftsreichen Haltung eines Teils des Reichstags zu verdanken. Die Spaltung des Linkstails ist zur Tatsache geworden.

Der Reichswirtschaftsminister über die deutsche Handelspolitik.

Der Reichstagsausschuß für die Handelsverträge setzte am Sonnabend die Generaldebatte über den Zolltarif fort. Zum Generalbericht-erklärer wurde Abg. Dr. Breitscheid (Soz.), zu Berichterstatter für Industriezweige Abg. Dr. Rejane-Sprung (Dn.), für landwirtschaftliche Güter Abg. Hamkens (Dn.) gewählt. Zunächst äußerte sich in längeren Ausführungen Reichswirtschaftsminister Dr. Reubaus über die deutsche Handelspolitik und über die Handelsverträge.

Der deutsche Außenhandel, so führte er aus, ist in der Nachkriegszeit durch das aus der Kriegszeit übernommene System der Ein- und Ausfuhrverbote stark beeinträchtigt worden, daß nur durch die außerordentlichen Umstände zu erklären war, in denen wir uns während des Krieges und in der Nachkriegszeit befinden. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

Frankreich und Polen in jeder Weise die deutsche Einfuhr erschweren.

Angehört mußten wir einseitig den Entscheidungen der Weisbegünstigung gewähren. Mit dem 10. Januar d. J. ist die einseitige Verpflichtung Deutschlands zur Gewährung der Weisbegünstigung abgelaufen und mit dem 7. Juni d. J. sind die letzten Kontingentsverpflichtungen beendet. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

Frankreich und Polen in jeder Weise die deutsche Einfuhr erschweren. Angehörte mußten wir einseitig den Entscheidungen der Weisbegünstigung gewähren. Mit dem 10. Januar d. J. ist die einseitige Verpflichtung Deutschlands zur Gewährung der Weisbegünstigung abgelaufen und mit dem 7. Juni d. J. sind die letzten Kontingentsverpflichtungen beendet. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

Frankreich und Polen in jeder Weise die deutsche Einfuhr erschweren. Angehörte mußten wir einseitig den Entscheidungen der Weisbegünstigung gewähren. Mit dem 10. Januar d. J. ist die einseitige Verpflichtung Deutschlands zur Gewährung der Weisbegünstigung abgelaufen und mit dem 7. Juni d. J. sind die letzten Kontingentsverpflichtungen beendet. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

Frankreich und Polen in jeder Weise die deutsche Einfuhr erschweren. Angehörte mußten wir einseitig den Entscheidungen der Weisbegünstigung gewähren. Mit dem 10. Januar d. J. ist die einseitige Verpflichtung Deutschlands zur Gewährung der Weisbegünstigung abgelaufen und mit dem 7. Juni d. J. sind die letzten Kontingentsverpflichtungen beendet. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

Frankreich und Polen in jeder Weise die deutsche Einfuhr erschweren. Angehörte mußten wir einseitig den Entscheidungen der Weisbegünstigung gewähren. Mit dem 10. Januar d. J. ist die einseitige Verpflichtung Deutschlands zur Gewährung der Weisbegünstigung abgelaufen und mit dem 7. Juni d. J. sind die letzten Kontingentsverpflichtungen beendet. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

Frankreich und Polen in jeder Weise die deutsche Einfuhr erschweren. Angehörte mußten wir einseitig den Entscheidungen der Weisbegünstigung gewähren. Mit dem 10. Januar d. J. ist die einseitige Verpflichtung Deutschlands zur Gewährung der Weisbegünstigung abgelaufen und mit dem 7. Juni d. J. sind die letzten Kontingentsverpflichtungen beendet. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

Frankreich und Polen in jeder Weise die deutsche Einfuhr erschweren. Angehörte mußten wir einseitig den Entscheidungen der Weisbegünstigung gewähren. Mit dem 10. Januar d. J. ist die einseitige Verpflichtung Deutschlands zur Gewährung der Weisbegünstigung abgelaufen und mit dem 7. Juni d. J. sind die letzten Kontingentsverpflichtungen beendet. Ferner war Deutschland durch den Versailles-Vertrag genötigt, einseitig Kontingente sowie ohne Rücksicht auf Einfuhrverbote bereinzulassen, während

aber Zollherabsetzungen zu gewähren. Ueber die Notwendigkeit der Lockerung oder des Abbaus von Ein- und Ausfuhrverboten, war man sich ebenfalls klar geworden. Nach Ablauf des Provisoriums waren beide Staaten bereit, sich gegenseitig die unbefristetete Weisbegünstigung zu erteilen. Wir mußten bei den jetzigen Verhandlungen Zugeständnisse für französische Waren geben, um unterdessen Zugeständnisse für deutsche Exportartikel zu erhalten. Eine Anzahl weiterer Mitteilungen des Ministers über den Stand der Verhandlungen war vertraulich.

Mit Italien ist ein vorläufiges Handelsabkommen geschlossen worden, worin sich beide Staaten in einigen Ausnahmen gegenseitig die Weisbegünstigung zu erteilen. Das Abkommen erstreckt sich nicht auf die Handhabung der bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote, jedoch sind die beiden Staaten den Wunsch geäußert, die Ein- und Ausfuhrverbote soweit noch als möglich abzubauen. Für das endgültige Handelsabkommen ist der Weisbegünstigungs-Einstufung zugestimmt worden, worauf Deutschland auch mit allem Nachdruck bestehen wird.

Die letzten Verhandlungen mit Italien sind in Rom wieder aufgenommen worden. Wir werden in diesem Zusammenhang mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten unserer Ansicht nach Italien. Die letzten Verhandlungen mit Italien sind in Rom wieder aufgenommen worden. Wir werden in diesem Zusammenhang mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten unserer Ansicht nach Italien.

Mit Polen haben sich in vielen wesentlichen Punkten abweichende Auffassungen ergeben. Eine Annäherung der Ansichten hat sich bisher nicht erreichen lassen, insbesondere ist Polen nicht bereit, Zollverbindungen gegenüber Deutschland einzugehen; mit dem Abschluß eines umfassenden Handelsvertrages ist daher zunächst nicht zu rechnen. Außerdem hat Polen entgegen der allgemeinen Meinung während der Dauer der Verhandlungen wiederholt Maßnahmen getroffen, die für den deutschen Handel sehr empfindlich sind.

Durch eine Verordnung vom 11. April wurde Deutschland dem Genus der allen Staaten zugewandten polnischen Zollbegünstigungen ausgegeschlossen, und die Verhandlungen konnten erst weitergehen, als Polen auf Grund unserer Vorstellungen von einer Anwendung der Verordnung auf Deutschland abließ. Durch eine Verordnung vom 19. Mai hat dann Polen einen großen Teil seiner Zollhöhe erheblich erhöht, was ein unangenehmes Ausmaß an Ein- und Ausfuhrverboten unter anderem bei der Verschärfung festsetzte und die deutsche Delegation hat jetzt den Abschluß eines Provisoriums angeregt.

Der der polnischen Delegation übergebene Vorschlag sieht die gegenseitige Wahrung der zolltariflichen Weisbegünstigungen, den gegenseitigen Ausschluß von Ein- und Ausfuhrverboten unter Vorbehalt gewisser Maßnahmen, die Möglichkeit der Beibehaltung für die beiderseitigen Handelsverträge und eine Regelung des Kulturvertrages vor. Die deutsche Delegation hat sich ferner bereit erklärt, die Einfuhr von monatlich 100.000 T. Silberwertiger Rohstoffe zuzulassen, womit wir bei der jetzigen außerordentlich schwierigen Lage unseres Reiches ein großes Opfer bringen. Die Polen überhört zur Verhängung bereit, so müßte der deutsche Vorschlag eine Einigung ermöglichen.

Polen hat aber trotzdem mitten in diesen Verhandlungen durch eine Verordnung vom 17. Juni Einfuhrverbote für die wichtigsten deutschen Einfuhrwaren erlassen, die bis nach besonderer Bekanntmachung ausschließlich gegen Deutschland richten, das dadurch genötigt wird, entsprechende Maßnahmen gegen Polen zu ergreifen. Sollte Polen dennoch die Verhandlungen fortsetzen, so wird sich Deutschland dem Wunsch, die Verhandlungen vorläufig zu regeln, nicht enthalten. Die Möglichkeit einer solchen Regelung erscheint aber nach dem polnischen Verhalten fraglich.

Mit Rußland schweben seit längerer Zeit Handelsvertragsverhandlungen. Sie stoßen bei dem grundsätzlichen Wirtschaftsstandes beider Staaten auf große Schwierigkeiten. Die Verhandlungen über den Warenverkehr kommen nur langsam voran. Günstigere Zeiten die Möglichkeit einer Einigung auf verschiedenen Spezialgebieten. Eine weitgehende Annäherung ist bereits erzielt in den Fragen eines Konjunkturvertrages,

eines Nachschabkommens, eines See- und Binnenverkehrsvertrages und eines Weisbegünstigungsabkommens. Wie weit es möglich ist, über diese Grenzen hinaus eine Vereinbarung über den Warenverkehr zustande zu bringen, werden die Verhandlungen der nächsten Zeit bringen.

In der fortgesetzten Generaldebatte kam nur noch der Abg. Dr. Hilferding (Soz.) zu Worte, der die Ansicht des Ministers als nicht ausreichend bezeichnet. Entscheidend für die Stellung der Sozialdemokraten zu den Getreideverträgen ist die Frage, ob die Agrarkrise noch anhält. Darüber müßte eine Untersuchung angestellt werden. Wie in der Industrie müßte auch in der Landwirtschaft Qualitätsarbeit gefördert werden, was aber mit Getreideverträgen und Weisbegünstigungen nicht möglich ist. Die weitere Generaldebatte wurde auf Dienstag vertagt.

Die effizienten Grenzpostämter haben besondere Weisungen über die Behandlung deutscher Einfuhrwaren für den Fall eines Abbruchs der Handelsvertragsverhandlungen erhalten. (Frankreich rechnet demnach mit der Möglichkeit eines Zollkrieges!) Die Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag werden im Laufe dieser Woche beginnen. Das Deutsche Reich wird durch den Grafen Radolny vertreten werden.

Eine gemeinsame Aktion gegen Sowjetrußland?

London, 29. Juni. Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ weist bezeichnend auf die Rede Lord Birkenheads vom Sonnabend über die neue bolschewistische Gefahr darauf hin, daß dies besonders bemerkenswert ist, weil Lord Birkenhead ein Mitglied des Kabinetts-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten sei.

Es würde kaum überflüssig, wenn das jetzt im Besitze des „Foreign Office“ befindliche Beweismaterial über die bolschewistische Arbeiterpartei der Anruhen in China als Hinweis genommen würde, um die anderen europäischen Regierungen zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Moskauer Regierung zu veranlassen.

Sicherheitspakt und Ruhrdrängung.

Wie wir erfahren, sind am Sonnabend die deutschen Sozialisten in Paris, Brüssel und London angewiesen worden, den alliierten Regierungen vorläufig auf mündlichem Wege Deutschlands Verhandlungsbereitschaft zum Ausdruck zu bringen.

Wie wir weiter erfahren, wird die schriftliche Antwort Deutschlands früher erfolgen, als allgemein angenommen ist. Die von anderer Seite verbreitete Information, die Antwort Deutschlands werde monatelange Vorbereitungen nötig haben, erweist sich als unrichtig. Der „Londoner Evening Times“ meldet: Die Arbeiterpartei hat ihre im Unterhaus eingebrachten zwei Interpellationen wegen des Sicherheitspaktes und der Einwohnungsnotiz zurückgezogen. Auch die Liberalen haben ihre Absicht, gegen den Sicherheitspakt einzutreten, aufgegeben. „Daily Herald“ zufolge entfallen für die Arbeiterpartei die Bedenken gegen den Sicherheitspakt, nachdem Chamberlain dem Unterhaus Auffassungen gegeben hat.

Der französische Marschall Petain hat am Sonnabend Düsseldorf wieder verlassen. Angeblich hat seine Anwesenheit im Ruhrgebiet vollständige Arbeit über die Methode der Räumung gebracht. Die Jurisdiktion der Truppen erfolgt etappenweise. Zunächst soll die Bochumer, dann die Essener, darnach die Mülheimer und zuletzt Duisburger Arbeiter- und Düsseldorf-Zone geräumt werden.

Demgegenüber verlautet aus Berlin: Eine offizielle Mitteilung der französischen Regierung über die Räumung des Ruhrgebietes ist bei der deutschen Regierung nicht zugegangen. Wie gestern der Pariser „Matin“ meldet, soll diese Mitteilung erst abgeben, wenn Deutschland die französische Sicherheitszone demontiert und in ihren Grundzügen angenommen habe. Trifft dieses zu, dann würde das französische Verhalten nur eine neue Neuauflösung der Ruhrfrage bedeuten. Der Brüsseler „Echo“ schreibt: Politischen Einflüssen zur Ruhrdrängung hänge von dem Ergebnis der militärischen Verhandlungen zwischen dem Deutschen und französischen Generalstab ab. Politische Generalstabsoffiziere weisen seit

